



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33  
13. November 1950

P/7/265

## Hinweise auf den Inhalt

Zu weltpolitischen Fragen	S.1
Soll Tito unterstützt werden?	S.3
BHE Niedersachsen mit fremder Geburts- hilfe	S.4
Proletarierpartei ohne Proletarier	S.6

## Der richtige Weg

F.R.Bonn, im November

Die zweite Novemberhälfte wird die Diskussion im Europarat erneut in Fluss bringen und auch das Gespräch über den Europarat. Das allein zeigt, dass sich diese Institution durchaus noch nicht im öffentlichen Bewusstsein und in der politischen Wirklichkeit durchgesetzt hat. Auch der Bundestag wird sich in dieser Woche mit dem Thema befassen. Aber es ist bezeichnend für die geringe effektive Wirkung des Strassburger Rates, wie er sich heute darstellt, dass vor allem auch in Europa selbst das eigentliche Interesse auf andere Dinge gelehrt bleibt.

Gerade eben sind einige Berichte verbreitet worden, die in ihrer Beziehung zueinander doppelt interessant sind. Einmal hat der Sonderberater Trumans für Wirtschaftsfragen, Gordon Dray, der frühere Staatssekretär für das Heer, seinen mit Spannung erwarteten Bericht über die ausenwirtschaftliche Situation der USA und den zu empfehlenden weiteren Weg veröffentlicht und Präsident Truman selbst hat sich kommentierend geäußert. Das Kernstück ist die Bereitschaft der USA, eine umfassende Wirtschaftshilfe vor allem für das europäische Gebiet auch nach dem Auslaufen des Marshallplanes Mitte 1952 "für drei bis vier Jahre" fortzusetzen. Die Unterstützung soll, wie ausdrücklich gesagt wird, "über die militärische Hilfe hinaus" gewährt werden.

Dieser Bericht bekommt erhöhte politische Bedeutung dadurch, daß der nach seinem grossen Wahlerfolg vielleicht wichtigste Repräsentant

der Republikaner, der Senator Robert A. Taft aus Ohio, fast zur gleichen Zeit erklärt hat, es sei "lächerlich, anzunehmen, daß er oder die Republikaner im allgemeinen Isolationisten seien". Er unterstrich dies mit der drastischen Bemerkung: "Nur ein Idiot könnte heute Isolationist sein". Die Zweiparteienpolitik könne fortgesetzt und vielleicht sogar noch weiter intensiviert werden.

Außerdem aber sind vor einigen Tagen, am 7. und 9. November, in der "Washington-Post", einem Organ, in dessen Meinungsspalten sehr häufig Ansichten höchster Regierungsstellen ihren Niederschlag finden, Kommentare von ungewöhnlichem politischen Ernst erschienen. Sie bezogen sich auf die zugespitzte Lage an der mandchurischen Grenze, auf die damit zusammenhängende Gefahr eines Konfliktes zwischen der UNO und ihrem Gegenspieler in Moskau und Peking. In diesen Beiträgen wird u.a. verlangt, an die Aggressoren und ihre Mitläufer die feierliche Ankündigung zu richten, daß im Falle einer "organisierten Intervention" sofort gehandelt werde. Es ist von einem Ultimatum an Moskau die Rede, das dazu auffordern sollte, sich jeder weiteren Provokation zu enthalten und davon, daß, "wenn es zum Schlimmsten kommt", die klügste Strategie sein würde, es an der mandchurisch-koreanischen Grenze zur Kraftprobe mit Rußland kommen zu lassen. Schließlich finden sich Hinweise auf das überlegene Atomwaffenpotential der USA. Besonders im Zusammenhang mit den jetzt gerade in "Brasseys militärischem Jahrbuch" veröffentlichten Ziffern über den Umfang der sowjetischen Rüstung sind das gewisse recht düstere Aspekte. Bei Äußerungen der zitierten Art, die in zugespitzten Situationen sozusagen zum Handwerkszeug der maßgebenden Politiker gehören, wenn sie wohl ihre Meinung sagen, sich aber nicht gleichzeitig festlegen wollen, weiß man nie genau, wo die taktische Absicht landet und der eigentliche Ernst beginnt. Darin liegt eine Gefahr.

Aber sie enthalten in diesem Fall auch ein beruhigendes Element, nämlich das der unbeirrbar amerikanischen Absicht, to stop Stalin. Das feste politische Haltung und militärische Stärke die einzigen vernünftigen Ausgangspositionen in der Auseinandersetzung mit einem Gegner von der Härte und Elastizität der Männer im Kreml sind, daran wird offenbar mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen festgehalten. Nach aller Erfahrung mit Diktaturen und nach jeder menschenmöglichen Vorausberechnung ist das in der Tat der richtige Weg.

Demokratische Sozialisten zum Titoismus

H.P. Inwieweit würde eine Unterstützung Jugoslawiens gerechtfertigt sein, um den Zersetzungsprozeß der Sowjetsatelliten zu beschleunigen? Dieses Thema sollte als letzter Tagesordnungspunkt auf der kürzlichen COMISCO-Sitzung in Paris behandelt werden. Die ausgiebigen Diskussionen über andere aktuellere Themen wie die der europäischen Einheit, Schumannplan, deutsche Remilitarisierung usw. ließen leider keine Zeit dafür übrig.

Zum Thema Titoismus liegen zwei interessante Erklärungen vor. Die eine wurde von der jugoslawischen sozialistischen Partei der COMISCO vorgelegt, die andere stammt von Prof. Schriffner, dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei in Triest, die auch der COMISCO angeschlossen ist. Beide lehnen das jetzige Regime in Jugoslawien als undemokratisch ab, doch unterscheiden sich die Erklärungen auffällig durch ihre verschiedene Akzentuierung. Die Triester Sozialdemokratische Partei hat in der Zone B den täglichen Anschauungsunterricht, der sie zur Überzeugung kommen läßt, daß die Methoden Titos mit denen der Russen und ihrer Instrumente in Ostdeutschland identisch sind. Besonders hinsichtlich der Unterdrückung von Minderheiten gibt es keinerlei Unterschied und die SP müsse daher das Tito-Regime genauso bekämpfen wie das Hitlers und Mussolinis. Prof. Schriffner warnt davor, den Titoismus als eine besondere, bessere Form des Totalitarismus anzusehen. Im Gegenteil, es kennzeichnen folgende totalitäre Merkmale die Herrschaft Titos: Es gibt nur eine Partei, also nur Einheitslisten bei den Wahlen, die Bürokratie spielt eine ähnliche Rolle als privilegierte Klasse wie in der Sowjetunion, der Geist des Nationalismus führt zu übereifrigen Industrialisierungsplänen, die Jugoslawien an den Rand des wirtschaftlichen Ruins brachten. Obwohl Jugoslawien einen störenden Faktor im Sowjetblock darstellt, weist Prof. Schriffner daraufhin, daß man auch das Militärpotential Titos nicht überschätzen sollte. Die demokratischen Sozialisten müssten daher nach seiner Ansicht sehr vorsichtig und sorgfältig ihre Haltung definieren und auf eine allmähliche Wiederherstellung demokratischer Freiheiten in Jugoslawien hinarbeiten.

Sicher besteht weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung und Ablehnung des Tito-Regimes zwischen der sozialistischen Partei Jugoslawiens und der sozialdemokratischen Partei Triests. Trotzdem betrachten die jugoslawischen Sozialisten das Thema hauptsächlich aus den Gegebenheiten der internationalen Situation und betonen daher immer wieder, daß die Demokratie nicht neutral bleiben könne, "wenn der Sowjetimperialisismus mit Gewalt versucht, ein kommunistisches Regime zum Gehorsam zu

zwingen. Das ist dann nicht länger eine Frage des Zwistes zwischen zwei kommunistischen Kliquen, sondern die Frage der Erhaltung oder Vernichtung der Unabhängigkeit eines souveränen Staates."

Wenn man diese Haltung akzeptiert, ergibt sich für die demokratischen Sozialisten folgendes Dilemma: um Jugoslawien wirklich widerstandsfähig zu machen, muss man es militärisch und wirtschaftlich bereits jetzt unterstützen. Wenn der russische Angriff eingesetzt hat, wird es zu spät sein. Eine derartige Unterstützung würde aber als Anerkennung des Tito-Regimes aufgefasst werden können und zweifellos zur politischen Stärkung der herrschenden Schicht führen. Ganz abgesehen davon, dass im Zuge militärischer Vorbereitungen sich ohnehin innerpolitische Notwendigkeiten ergeben, die selbst in demokratischen Ländern zur Einschränkung der bürgerlichen Rechte führen. Das wiederum kann nicht im Sinne der Demokratien liegen. Die Frage bedarf also einer gründlichen Klärung.

-----

#### Norwegens Arbeiterpartei im Wachsen

KKK. Oslo, im November

Nach dem jetzt erschienenen Jahresbericht der Norwegischen Arbeiterpartei für 1949 zählte die Partei beim Jahreswechsel 204055 Mitglieder in 3899 Lokalabteilungen. Die Lokalabteilungen haben sich um 92 vermehrt. - Das wichtigste politische Ereignis in der Berichtszeit war die Neuwahl des Storting. Darüber heisst es im Jahresbericht u.a.: "Entscheidend war, dass wir die Stimmenzahl um 200 000 erhöhten und zwei Drittel des gesamten Stimmenzuwachses seit 1945 eroberten. Der prozentuale Anteil der Partei an der Gesamtstimmenzahl erhöhte sich von 41 auf 45,8. Die jungen Wähler sind mit der Partei gegangen."

-----

#### BHE Niedersachsen mit fremder Geburtshilfe

sp. Das erste öffentliche Auftreten des BHE Niedersachsen, genannt Landesparteitag, von Sensationen und Sensationchen unwittert, ist ohne den erwarteten Krach vor sich gegangen. Aber ob mit oder ohne Krach - das Bild, das man sich auf Grund der vorangegangenen Ereignisse vom BHE Niedersachsen machen konnte, brauchte nicht korrigiert zu werden.

Das Wort Demokratie kommt wie gölt aus geschultem Munde (Minister

Kraft - Kiel bei einer Erläuterung des Begriffes Demokratie: "Man muß alle anhören"). Aber man ersparte dem Parteitag, den Mann anzuhören, um den es hauptsächlich ging: Dr.Günter Gereke. Er war vorsorglich schon 14 Tage vorher in Abwesenheit verurteilt worden und man hielt sich auch auf dem Parteitag an dieses erprobte Rezept. Ob man Angst hatte, dass Dr.Gereke die Delegierten von einer anderen als der offiziellen Konzeption überzeugt hätte?

Wie weiches Wachs in kundigen Händen offenbarten sich die Parteitagsdelegierten; sie legten keinen Wert auf demokratische Spielregeln, kennen sie wohl auch nicht und so hatten die Kieler Regisseure - ein Vertrauter des Finanzministers Kraft, Herr von Herwarth, Kiel, - leitete die Versammlung - leichtes Spiel. "Unser Patenonkel" nannte man in ahnungsloser Unschuld den Versammlungsleiter aus Kiel. Eine Geschäftsordnung für den Parteitag gab es nicht und zuguterletzt wurden Debatten zur Geschäftsordnung auf Zuruf aus dem Saal überhaupt abgeschafft. Mit demokratischen Spielregeln waren also bei diesen Delegierten keine Blumensträuße zu gewinnen. Wer sollte es den Regisseuren verargen, dass sie eine solche Mentalität ausnutzen? Vielleicht war es auch das, was Minister Kraft gemeint hatte, als er darauf hinwies, "wie dringend notwendig es ist, die politische Luft in Deutschland zu reinigen." Plastischer sagte es ein Delegierter, der bei der Abschaffung der Geschäftsordnungsdebatte, also der selbstgewollten politischen Kastration der Delegierten, ausrief: "Wir haben keine Zeit, uns mit solchen Kleinigkeiten abzugeben".

Immerhin wurde mit Stimmzetteln gewählt. Friedrich v.Kessel, bisher Vorsitzender des vorbereitenden Direktoriums, kassierte den Lohn für seine Rolle bei der undemokratischen Ausschaltung Dr.Gerekes. Politisch keineswegs eine Leuchte, hatte sich v.Kessel in den Anfängen des Niedersächsischen BHE an Dr.Gereke geklammert; als er sich flügge wähnte, half er mit, Gereke zu stürzen. Das befreite ihn von seinem stärksten Konkurrenten. Aber dicht hinter ihm steht mit kräftigen Ellenbogen und kaum verhülltem Ehrgeiz als dritter Vorsitzender der ehemalige NS-Bauernführer von Ostpreussen, Egbert Otto. Als zweiter Vorsitzender hatte sich der Versammlung ein Dr.Heider empfohlen: PG., nach 1945 Zuchthaus, dann Konzentrationslager Fallingb., wie er nicht ohne Stolz erzählte. Er fiel merkwürdigerweise durch.

Der BHE hat sich in Niedersachsen mit einer neuen Spielart der

Demokratie eingeführt. Man könnte sie die "Führer-Demokratie" nennen (Minister Kraft nannte es: "...in das parteipolitische Leben Deutschlands etwas andere Auffassungen zu bringen"). Diese Spielart ist heute noch leicht zu handhaben, weil ihre Anhänger über dem Ziel nicht auf die Form achten. Trotzdem sollte man sich davor hüten, diese Bewegung zu unterschätzen. Sie wird für die nächste Zeit ein Faktor sein, mit dem zu rechnen ist. Analog der Entwicklung in Schleswig-Holstein aber kann es sein, dass binnen Jahresfrist aus dem Bund der Vertriebenen und Entrechteten ein Bund der Verbitterten und Enttäuschten geworden ist. Denn in Gesellschaft eines Dr. Adensuers dürfte das soziale Moment kaum auf seine Rechnung kommen, auch wenn es mit soviel Kraft vorgetragen wird wie in Hannover.

#### -----

#### Proletarierpartei ohne Proletarier

sp. Am 1. November 1950 begann in der sowjetischen Besatzungszone das "erste Lehrjahr der SED-Parteischulung". 1 200 000 SED-Zwangsmitglieder sollen von ausgesuchten SED-Kaderfunktionären zu überzeugten "Volksdemokraten", nach Möglichkeit aber kommunistischen Funktionären ausgebildet werden. Mit diesem Beschluss des III. SED-Parteitag soll eine der gefährlichsten Schwächen der SED beseitigt werden.

Die heutige Situation in der SED ist durch eine beständige Fluktuation unter den Funktionären und von einem starken Mangel an Funktionären gekennzeichnet. Durch die beständigen Säuberungsaktionen tritt der enorme Verschleiß an Funktionären umso deutlicher in Erscheinung. Diese Säuberungen haben dazu geführt, dass nicht einmal überzeugte Kommunisten Funktionen in der Breitenarbeit übernehmen wollen. Oftmals müssen bereits durch "Parteibefehle" Mitglieder zur Übernahme einer Funktion bestimmt werden. Nichts kann besser den Prozess des ständigen Abbröckelns dieses Systems an seiner Basis unterstreichen. Auch mit gehäuften politischen Bildungsabenden war diese Entwicklung nicht aufzuhalten. Die Zahl der SED-Mitglieder, die nun in den neuen Schulungskursen zwangserfasst wird, beträgt nach Angaben der SED das Doppelte bis Dreifache der bisherigen gelegentlichen Schulungsteilnehmer.

Wie aber sieht die innerparteiliche Struktur der SED überhaupt aus? Der <sup>K</sup>prozentsatz der Arbeiterschaft an der Partei, die vorgibt,

die werktätigen Massen zu repräsentieren, ist erstaunlich niedrig. Nach Angaben des SED-Politbüros entstammen nur 30 Prozent der Industrie oder Landarbeiterschaft. Dem steht eine Zahl von 63 Prozent der Behörden- und sonstigen Angestellten gegenüber, die Mitglieder sind, weil sie es sein müssen. Sieben Prozent der Mitgliederschaft rekrutieren sich aus freien Berufen. Berücksichtigt man, welche Mühe SED-Funktionäre daran wenden, eine proletarische Großmutter nachzuweisen, auch wenn sie 30 Jahre lang keine manuelle Arbeit mehr verrichtet haben, wie der "Tischler" Ulbricht, der seit 1920 in der kommunistischen Parteibürokratie steckt, so schrumpft der Anteil der Industriearbeiterschaft noch um ein wesentliches zusammen.

Noch ungünstiger aber ist das Verhältnis unter den sogenannten SED-Aspiranten, den Personen also, die sich unter Zwang um die Mitgliedschaft in der SED bewerben müssen. Hier stellt die Arbeiterschaft nur noch 22,6 Prozent, während 76 Prozent Angestellte sind und die freien Berufe sich mit 1,4 Prozent begnügen.

Die in den Zahlen sichtbar in Erscheinung tretende Opposition der ostzonalen Arbeiterschaft zerreiht das ideologische Lügengewebe der SED. Die KP war seit je eine Partei, in der nicht der Wille der Mitgliedschaft oder die Interessen der Arbeiterschaft die bestimmenden Faktoren sind, sondern ganz allein der Befehl des Moskauer Politbüros. In der Ablehnung der SED durch die Arbeiterschaft liegt zugleich der schlüssigste Beweis für die Lügenhaftigkeit der Parolen: "Die SED ist der Vortrupp des Proletariats." Die SED hat längst bewiesen, dass der Klassenkampf, wie ihn ihre Machthaber verstehen, ein Klassenkampf von oben, ein Klassenkampf der Spitzenfunktionäre gegen das Volk ist.

#### "Genossinnen und Genossen!"

Der sozialdemokratische Sprecher in der Generaldebatte über den Haushalt, Erwin Schöttle, rief im Eifer des Gefechtes in seiner Rede zum Etat den versammelten Abgeordneten zu: "Genossinnen und Genossen!", was begerifliche Heiterkeit erregte. Dergleichen kommt wohl vor, zumal bei temperamentvollen Rednern, zu denen Schöttle gehört.

Der kleine Irrtum ist aber unter anderem Aspekt viel interessanter. Schöttle ging in der Sache mit der Regierung gewiss scharf ins Zeug. Er hatte sich aber am Beginn seiner Ausführungen ausdrücklich zu äußerster Fairness bekannt. Er hielt sich daran, wie auch Kollegen von ihm aus den anderen Parteien später bestätigten. Die versehentliche Anrede aber spricht vollends für ihn. Hätte er von dem inneren Standort der Illoyalität und der Voreingenommenheit gegen einen Teil der Abgeordneten aus gesprochen, würde er sich sicher nicht in dieser Weise im Ausdruck vergriffen haben.

-u.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt